

„Freiberufliches und selbstverwaltetes Gesundheitssystem stärken“

BZÄK und KZBV erneuern Forderungen an die Politik

Es war ein klares Bekenntnis zum Erhalt freiberuflicher Strukturen in der Gesundheitsversorgung: Beim Neujahrsempfang der Zahnärzteschaft in Berlin haben sich die Verantwortlichen der beiden zahnärztlichen Bundesorganisationen gegen den wachsenden Einfluss von Fremdinvestoren auf die Patientenbehandlung gewandt.

Der Präsident der Bundeszahnärztekammer, Dr. Peter Engel, sprach in seiner Rede vor Vertretern aus Politik, Standespolitik, Verbänden und Medien von einem „Zielkonflikt zwischen unserer ärztlichen Berufsethik und den Renditevorgaben, mit denen Private Equity-Gesellschaften Investments im Gesundheitswesen suchen“. Engel appellierte an die anwesenden Bundestagsabgeordneten, gesetzliche Regelungen zu schaffen, die verhindern, dass berufs fremde Investoren Einfluss auf die Behandlung der Patienten nehmen können. Dazu müssten auch juristische

Personen des Privatrechts an die Berufsordnung gebunden sein, so der Präsident der Bundesorganisation weiter.

Vertrauensverhältnis erhalten

Der Vorsitzende des Vorstandes der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung, Dr. Wolfgang Eßer, sagte mit Blick auf die fortschreitende Kommerzialisierung durch zahnärztliche Medizinische Versorgungszentren (Z-MVZ) unter der Kontrolle von Fremdinvestoren: „Es darf uns nicht gleichgültig sein, wer die zahnärztliche Versorgung leistet. Im Gesundheitswesen spielt Vertrauen eine zentrale Rolle. Das Vertrauensverhältnis zwischen Patienten und freiberuflich tätigen, weisungsunabhängigen Zahnärzten ist daher einer der Erfolgsgaranten dieses Systems.“ Wenn dieses Vertrauen durch Renditevorgaben verlorengehe, wären die Auswirkungen auf die freiberufliche Berufsausübung und die am Patientenwohl orientierte Versorgung unabsehbar. Eßer: „Deshalb werbe

ich dafür, dass wir zur Sicherstellung und Gestaltung der Versorgung mit der Politik im Dialog bleiben. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, unser freiberufliches und selbstverwaltetes Gesundheitssystem zu verteidigen, zu stärken und für Patienten und bewährte Praxisformen zukunftsfest zu machen.“

Politiker planen Bestandsaufnahme

Der Vorsitzende des Gesundheitsausschusses im Deutschen Bundestag, Erwin Rüdell (CDU), äußerte sich zuversichtlich, dass sich für das von beiden Standespolitikern angesprochene Problem eine Lösung finden lasse. Gesundheitspolitik sei ein sehr dynamischer Prozess. Was Private Equity-Gesellschaften angehe, werde man kontinuierlich beobachten. Zunächst solle ein Gutachten Klarheit darüber bringen, ob weitere Schritte nötig sein werden, so der Bundestagsabgeordnete.

Redaktion



Der Präsident der Bundeszahnärztekammer, Dr. Peter Engel (l.), und der Vorsitzende des Vorstandes der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung, Dr. Wolfgang Eßer (r.), waren sich einig: Die Kommerzialisierung des Gesundheitswesens durch Fremdinvestoren muss eingedämmt werden.